

## INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

### FAO

Die landwirtschaftliche Weltproduktion hat im Berichtsjahr 1958/59 um ungefähr 4 vH gegenüber den beiden vorhergehenden Jahren zugenommen, wobei die chinesische Volksrepublik nicht berücksichtigt ist. Gleichzeitig ist die Erdbevölkerung um 1,6 vH angewachsen, so daß man glauben könnte, die Ernährungslage habe sich ein wenig verbessert. Leider sind diese Zahlen aber trügerisch, da Produktions- und Bevölkerungszunahme nicht gleichmäßig über die ganze Erde verteilt sind.

In den Industrieländern übertrifft die Erzeugung bei weitem die Nachfrage, während in den unterentwickelten Gebieten die Produktion mit der Bevölkerungszunahme nicht oder nur knapp Schritt zu halten vermag. Dagegen sind die Lager an unverkäuflichen landwirtschaftlichen Produkten in den Industriestaaten im vergangenen Jahr durchschnittlich um weitere 10 vH angeschwollen, in den USA sogar um 20 vH!

Die Menschheit ist also in der Lösung eines der schmerzlichsten Probleme — der Beseitigung des Hungers — noch nicht weitergekommen. Weiterhin werden die reichen Länder reicher und die armen — zumindest relativ — ärmer. Die „Schere“, die von den beiden auseinanderklaffenden Entwicklungslinien gebildet wird, wird immer bedrohlicher. Diese paradoxe Lage ist für beide Ländergruppen höchst unerfreulich, denn sie behindert eine entscheidende Zunahme des gegenseitigen Gü-

tereaustausches, auf den die Entwicklungsländer aus Gründen der Devisenbeschaffung und die anderen wegen des Absatzes ihrer industriellen Erzeugung angewiesen sind. Dazu kam in der Berichtsperiode noch die Rezession, die den Verbrauch an landwirtschaftlichen Rohstoffen empfindlich schrumpfen ließ — bei sinkenden Preisen, wodurch der Erlös der Entwicklungsländer aus ihrem landwirtschaftlichen Export um 23 vH zurückging!

Die Kluft, die hinsichtlich der Lage der Landwirtschaft zwischen den entwickelten und den anderen Ländern besteht, spiegelt sich natürlich auch deutlich in entgegengesetzten landwirtschaftlichen Programmen wider. In den ersteren, die mit Leichtigkeit die landwirtschaftliche Erzeugung noch steigern könnten, obwohl die Zahl der Bauern ständig abnimmt, beherrscht die Frage der Vermeidung oder der Verwendung der Überschüsse die Diskussion. Da aus politischen und sozialen Gründen die Politik der hohen Preise für einheimische Produkte im allgemeinen beibehalten wird, ist nicht abzusehen, wie die allzu reichliche Erzeugung wirksam gebremst werden könnte. Immerhin haben einige europäische Länder die garantierten Mindestpreise ein wenig gesenkt. Die USA haben ihr Programm der Brachlegung von Ackerboden aufgegeben, da es zwar viel Geld kostete, im übrigen aber praktisch wirkungslos blieb.

In den unterentwickelten Ländern wird die Notwendigkeit immer deutlicher erkannt, die Erzeugung von Nahrungsmitteln zu steigern. Die *chinesischen Kommunen* stellen dabei nur einen besonders extremen Fall dar; auch andere Länder zeigen eine verstärkte Neigung zu radikalen Maßnahmen. In diesem Zusammenhang sind die Agrarreformen in *Kuba*, in

*Pakistan* und in *Syrien* zu erwähnen. Mit besonderem Nachdruck widmet man sich auch dem Aufbau von landwirtschaftlichen Genossenschaften und eines funktionierenden Kredit-systems, um den Nutznießern der Agrarreformen auch die praktischen Hilfsmittel für die zweckmäßige Bestellung des Bodens in die Hand zu geben. *Indien* vor allem erprobt originelle Methoden, um die unterbeschäftigte Landbevölkerung zur Leistung von unbezahlter Arbeit im Rahmen der Gemeinden (Wegebau, Brunnen, Schulhäuser, Bewässerungskanäle usw.) zu bewegen.

Gewisse fernöstliche Länder, die bisher im Interesse der Konsumenten bestrebt waren, die Lebensmittelpreise möglichst tief zu halten, sind dabei, ihre Politik zu überprüfen, um den Bauern einen größeren Anreiz zur Steigerung und Verbesserung ihrer Produktion bieten zu können. Im allgemeinen wird die bedeutende Rolle der Landwirtschaft im Rahmen der nationalen Entwicklungsprogramme klarer erkannt.

Dem Hunger in der Welt ist — von akuten Notfällen abgesehen — nicht mit Almosen beizukommen. Die reichen Länder könnten viel zu seiner Beseitigung beitragen, wenn sie bewußt den gegenseitigen Warenaustausch fördern, auch wenn sie damit augenblicklich „Opfer“ auf sich nehmen müßten. Die Bereitschaft dazu hängt aber von der Erkenntnis ab, daß heute der Wohlstand ebenso unteilbar ist wie der Friede.

In politischer Hinsicht stellt der *Mittelmeerraum* eines der gefährlichsten internationalen Spannungsfelder dar. In *Algerien* wird gekämpft, zwischen *Israel* und seinen Nachbarn herrscht juristisch Kriegszustand, scharfe Gegensätze trennen den *Irak* von der Vereinigten Arabischen Republik, auf *Zypern* konnte soeben ein noch labiler Ausgleich zwischen britischen, türkischen und griechischen Interessen gefunden werden. Aber auch innenpolitische Spannungen und Unruhen sind an der Tagesordnung.

Es erscheint deshalb überraschend, daß gerade für diese zerrissene Region von der *UNO-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO)* der erste einheitliche, internationale Entwicklungsplan aufgestellt wurde. Bei näherem Zusehen erscheint dieser in mancher Hinsicht revolutionäre Schritt aber durchaus einleuchtend, denn es ist ja schließlich gerade die wirtschaftliche Rückständigkeit des Gebietes, die sich in politischen Konflikten entläßt. Das ernsthafte Bemühen, die Zurückgebliebenheit in einer international koordinierten Anstrengung zu überwinden, wird den betroffenen Ländern ihre gegenseitige Abhängigkeit deutlicher zum Bewußtsein bringen und damit die Voraussetzungen für eine fruchtbare Zusammenarbeit verbessern.

Der Plan der FAO ist in dreijähriger Arbeit unter aktiver Anteilnahme der Regierungen sämtlicher Mittelmeerländer — von Ma-

rokko und Portugal bis zum *Irak* — entstanden und erstreckt sich auf einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren.

Trotz bedeutender ausländischer Hilfe ist es diesen Ländern noch nicht gelungen, den Wettlauf zwischen der Bevölkerungszunahme und den Mitteln des Lebensunterhaltes zu gewinnen. Die steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln kann nur auf Kosten der Zukunft befriedigt werden: nackte Hügel, armselige Ernten, hungerndes Vieh, ausgelaugte Böden sind das Ergebnis dieses verzweifelten Ringens. Um eine zahlreiche Bevölkerung schlecht und recht durchbringen zu können, dehnt man die Ackerfläche hemmungslos aus, überlastet die Weiden und holzt die Wälder ab. In einem großen Teil des Gebietes nimmt die Bevölkerung sprunghaft zu, während die Fläche des fruchtbaren Bodens abnimmt und seine Ergiebigkeit sinkt. Außerhalb der Landwirtschaft gibt es aber zu wenig Möglichkeiten des Broterwerbes. Keinem Land des Gebietes ist es bisher gelungen, der städtischen Bevölkerung die Vollbeschäftigung zu sichern. Und in dramatischer Weise tritt die Beschäftigungslosigkeit unter den Bauern in Erscheinung.

Der Plan der FAO, der zunächst eine genaue und eingehende Bestandsaufnahme enthält, bezweckt, eine bessere landwirtschaftliche Nutzung des Bodens zu erreichen, um das Gleichgewicht zwischen Bevölkerungszunahme und landwirtschaftlicher Produktion wiederherzustellen. Die praktischen Anstrengungen sollen vorerst in jedem Lande auf einen besonders günstigen Bezirk konzentriert werden, von dem aus dann die Erfolge auf die weitere Umgebung ausstrahlen können.

Die FAO beschränkt sich aber nicht nur auf die Aufzählung agronomischer Ratschläge, sondern setzt sich auch erstaunlich deutlich mit den notwendigen *institutionellen und sozialen Reformen* auseinander, die uns hier besonders interessieren.

Eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern — nach Ansicht der FAO — auch *eine wirtschaftliche Notwendigkeit*. Eine Ein-ebnung der krassen Ungleichheiten der Einkommen hat nicht notwendigerweise eine Verminderung der Investitionen zur Folge. In den unterentwickelten Ländern fließt nur ein ganz geringer Teil der privaten Ersparnisse in die Landwirtschaft oder Industrie. Wenn mittels fiskalischer Maßnahmen ein besserer Ausgleich erzielt wird, können die dadurch erhöhten staatlichen Einnahmen produktiven Zwecken zugewendet werden. Eine gerechtere Verteilung der Einkommen hätte einerseits eine Einschränkung der Einfuhr von Luxusgütern (Ersparnis an Devisen!) zur Folge, andererseits würde aber der innere Markt für Waren, die an Ort und Stelle produziert werden können (wie Kleider und einfache Haushaltsgegenstände), ausgedehnt.

Eine ähnliche Überlegung gilt auch für die Agrarreform. Sie wird keinen Rückgang der Erzeugung zur Folge haben, wenn sie mit der Einführung von Genossenschaften und einem leistungsfähigen Kreditsystem verbunden wird. Allein schon diese Reformen sind ohne energische staatliche Eingriffe undenkbar, was die FAO veranlaßt, auch über die veränderte Rolle des Staates einige Betrachtungen anzustellen: „Die Einwirkung des Staates könnte in mehreren Ländern das gleiche Ausmaß erreichen, wie es liberale Wirtschaftssysteme in Zeiten des Krieges oder anderer Ausnahmesituationen kennen.“ Der Staat wird über seine traditionelle Rolle als Hüter der öffentlichen Ordnung hinauswachsen und zum Organisator eines wirtschaftlichen und sozialen Umschwunges werden.

Die FAO erachtet insbesondere die Stärkung der staatlichen *Planungsdienste* für vordringlich, um die mutmaßliche Wirtschaftsentwicklung richtig einschätzen und die sich daraus ergebenden praktischen Maßnahmen festlegen zu können. Ein Beamtenkörper muß geschaffen werden, der nicht nur die Entwicklung der Industrie steuern kann, sondern auch diejenige der Landwirtschaft. Er muß ferner fähig sein, Projekte auszuarbeiten (und durch-

zuführen!), welche die tätige Unterstützung des Volkes hervorrufen.

Diese Notwendigkeiten führten einige Länder zur Erörterung fundamentaler Verwaltungsreformen, die einerseits eine Stärkung der zentralen Planungsstellen, andererseits aber einen engen Kontakt mit der lokalen Bevölkerung vorsehen.

Diese wenigen Hinweise zeigen hinlänglich, daß das FAO-Projekt für das Mittelmeergebiet *ein wahrhaft revolutionäres Dokument* ist. Auffallend ist dabei die Tatsache, daß dieser Revolution (die in jedem Lande eine eigene Form annimmt) keine ideologische Fahne vorangetragen wird. Es handelt sich um eine Revolution der nüchternen wirtschaftlichen Notwendigkeiten; und das, was dabei herauskommt, trägt auch noch keine Etikette. Das Ergebnis wird sich nicht so leicht mit unseren nordwesteuropäischen Vorstellungen von Demokratie vertragen ... Dennoch aber haben die reichen Länder die Pflicht, mit ihrer Hilfe diese unvermeidliche Entwicklung zu fördern und sie damit in relativ ruhige Bahnen zu lenken, anstatt mit schuldig zu werden an einer Explosion, deren Folgen an keinem Grenzpfahl haltmachen würden.

Bruno Kuster (Genf)